

Argumente gegen polenfeindliche Parolen

Rechtsextreme versuchen immer wieder mit polenfeindlichen Parolen Ängste über Polen und die Polen zu schüren. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang war eine NPD-Plakatkampagne mit der Forderung „Polen-Invasion stoppen“ anlässlich der Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Aber auch im Wahlkampf 2011 sind polenfeindliche Themen wieder an der Tagesordnung. Sachliche Argumente und Fakten machen jedoch sehr schnell deutlich, dass solche Parolen an der Wirklichkeit vorbeigehen.

Thema: Arbeitnehmerfreizügigkeit

Das sagen die Rechtsextremen:
„Arbeitsplätze sichern – Grenzen dicht“

Fakt ist: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine Chance für die Region.

- ▶ In verschiedenen Branchen gelten Mindestlöhne, die alle Unternehmen bezahlen müssen – natürlich auch ihren Beschäftigten aus mittel- und osteuropäischen Ländern. Zu den Branchen gehören unter anderem das Baugewerbe, die Gebäudereinigung, die Pflegebranche sowie Leih- bzw. Zeitarbeit.
- ▶ Viele Fachkräfte aus Polen sind schon in andere Länder, v. a. nach Großbritannien und Irland, ausgewandert.
- ▶ In Polen selbst gibt es eine große Nachfrage nach Fachkräften.
- ▶ In Mecklenburg-Vorpommern gibt es einen erheblichen Bedarf an Fachkräften und Auszubildenden – polnische Arbeitskräfte könnten ihn langfristig sichern.
- ▶ Regionale Unternehmen haben in Polen neue Absatzmärkte für ihre Produkte.



Thema: Kriminalität im Grenzraum

Das sagen die Rechtsextremen:
„Polen offen? Arbeit futsch! Auto weg!“

Fakt ist: Kriminalität und Kriminelle gibt es überall.

- ▶ Es gibt keine grenzspezifischen Verbrechen wie Menschenhandel und Schmuggel mehr.
- ▶ Die polizeiliche Zusammenarbeit ist inzwischen vergleichsweise stark ausgebaut, über ein gemeinsames Lagezentrum in Świecko werden Informationen innerhalb von Minuten ausgetauscht, auch eine Verfolgung von Tätern ist grenzüberschreitend möglich.
- ▶ Kfz-Diebstähle sind organisierte europaweite Kriminalität, ob im Grenzraum oder nicht. Die Diebstahlszahlen sind in den letzten Jahren europaweit gestiegen.
- ▶ In Polen wird beim Verkauf von Altmetallen die Herkunft stärker überprüft als in Deutschland (Vorlage des Ausweises, Kennzeichnung der Buntmetalle).
- ▶ „Grenzen dicht für Kriminelle“ wie es die Rechtsextremen fordern, macht daher keinen Sinn, man kann einem Menschen seine kriminelle Energie nicht ansehen, und der Verkauf der gestohlenen Waren findet oft in Deutschland statt.

Thema: Bau polnischer Atomkraftwerke in Grenznähe

Das sagen die Rechtsextremen:
„Atomtod aus Polen stoppen!“

Fakt ist: Polen möchte seine Abhängigkeit von der Kohle verringern und zwei Atomkraftwerke bauen.

- ▶ Polen hat 27 mögliche Standorte untersucht und eine Rangliste zur Entscheidungsfindung erstellt, auf den ersten beiden Plätzen sind Żarnowiec (300 km von Mecklenburg-Vorpommern entfernt) und Klempicz (rund 200 km entfernt). Der Standort in der Nähe Gryfino bei Schwedt/

Oder folgt erst auf Platz 17 der Liste. Die beiden untersuchten Standorte in Stepnica (am Stettiner Haff) folgen erst auf den Plätzen 20 und 21.

- ▶ Den Medien war zu entnehmen, dass der polnische Umweltminister Andrzej Kraszewski alle Atompläne samt der Standortfrage mit der deutschen Seite „über das Übliche hinaus“ besprechen möchte.
- ▶ Die Ausschreibung für einen privaten Investor und Betreiber hat im Juli 2011 begonnen und am wahrscheinlichsten wird eine Auftragsvergabe an einen französischen oder amerikanischen Konzern gesehen.
- ▶ Gemeinsam mit polnischen Atomkraftgegnern engagieren sich Demokraten und demokratische Parteien in Deutschland gegen den Bau von Atomkraftwerken in Polen.

Thema: Schwerlastverkehr auf der B 104

Das sagen die Rechtsextremen:
„Bundesstraße 104 entlasten“

Fakt ist: Für das Problem des Schwerlastverkehrs gibt es keine einfache Lösung.

- ▶ Ein LKW-Fahrverbot nur am Grenzübergang in Linken ist kaum umsetzbar, da hier keine direkten Anwohner davon betroffen sind.
- ▶ Alle demokratischen Parteien im Kreistag des Landkreises Uecker-Randow setzen sich für ein LKW-Fahrverbot auf der Bundesstraße 104 ein (mit Ausnahmen für Anlieger).
- ▶ Die Entfernung von Pasewalk bis zum Hafen in Stettin beträgt über die B 104 42,4 km, während die Entfernung über die Autobahn 77,5 km beträgt. Die Einführung einer LKW-Maut auf der B 104 würde nicht helfen, da die Strecke immer noch deutlich kürzer und schneller ist als über die Autobahn.